

Priorität für den Verkehr und die Infrastrukturen in NRW

Verkehrspolitischer Dialog, 18. Juni 2025

Forderungen an die Bundes- und Landesregierung zur Stärkung von Verkehr und Infrastruktur in NRW

NRW braucht Tempo, Verlässlichkeit und Investitionen

Nordrhein-Westfalen ist das wirtschaftsstärkste Bundesland Deutschlands. Es ist Industrie- und Hafenland und Logistikkreuzung für ganz Europa. Gleichzeitig ist es das Bundesland mit den größten Engpässen im Verkehrsnetz. Wir sind Stauland Nummer Eins in Deutschland. Marode Brücken, überlastete Straßen und Engpässe auf der Schiene belasten unsere Wirtschaft und sind ein ständiges Ärgernis für die Mobilität von Menschen und Gütern.

Rund 2.500 Brücken müssen in NRW in den kommenden Jahren saniert werden. Mehr als in jedem anderen Bundesland. Landes- und Bundespolitik müssen schnell und abgestimmt handeln. Wir brauchen eine Halbierung der Realisierungszeiten und ausreichend Mittel, um den Rückstand zu anderen Bundesländern aufzulösen.

Anlässlich des verkehrspolitischen Talks am 18.06.2025 fasst IHK NRW fünf zentrale Forderungen zusammen, wie die Bundes- und Landesregierung Verkehr und Infrastrukturen in NRW stärken sollte.

1. Infrastruktur verlässlich finanzieren – Sondervermögen nutzen

Die Landesregierung muss sich beim Bund dafür einsetzen, dass die Mittel des Sondervermögens Infrastruktur nach Bedarf vergeben werden. Es darf keine Verteilung nach dem Gießkannenprinzip geben.

Im aktuellen Umsetzungsvorschlag der Bundesregierung sind nach Königssteiner Schlüssel 21. Mrd. Euro für NRW vorgesehen. Die Mittel müssen so eingesetzt werden, dass sie einen wirksamen Beitrag leisten, um den identifizierten Nachholbedarf auszugleichen. Aufgrund des aktuellen Zustands der Straßen, Schienen und Wasserwege fordern wir, dass mehr Mittel nach

NRW fließen. Deutlicher noch sollte bei der Verwendung die Priorität auf Infrastrukturmaßnahmen gelegt werden. Bei der Mittelvergabe sind die besonders belasteten Autobahnabschnitte prioritär zu betrachten. Hier kann der größte volkswirtschaftliche Nutzen unterstellt werden.

Darüber hinaus muss sich NRW für eine mehrjährige Finanzierung für Verkehrsprojekte einsetzen. Mit einem Infrastrukturfonds des Landes sollte die Instandhaltung der Straßen und Brücken in Landeszuständigkeit überjährig gesichert werden.

2. Planungs- und Genehmigungsverfahren radikal beschleunigen

Was für LNG-Terminals möglich war, muss auch für Straßen, Schienen und Wasserwege gelten: digitale Verfahren, feste Fristen, klare Zuständigkeiten. NRW braucht spürbare Entlastung bei Planungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren. Der notwendige Wandel zu einer Ermöglichungskultur in den Verwaltungsebenen bleibt ausbaufähig.

Die Zahl der planfestgestellten Projekte muss erhöht werden. NRW braucht einen Planungsvorrat. Auch, um mehr Mittel vom Bund abrufen zu können. Insbesondere bei stetiger Baukostensteigerung braucht es schnelle Planungen, um vom Sondervermögen maximal profitieren zu können. Die von der Bundesregierung angestrebte Planungsbeschleunigung sollte vom Land NRW unterstützt werden.

Um Kommunen bei der Durchführung von Großprojekten zu unterstützen, braucht es zusätzlich eine eigene Planungs- und Projektgesellschaft nach Vorbild bundespolitischer Institutionen. Was für die Genehmigung von Planungsvorhaben gilt, gilt auch für die Genehmigung von Groß- und Schwertransporten. Noch immer dauern diese Verfahren zu lange.

3. Investitionsanreize für Unternehmen schaffen

Um Investitionen in den Transportsektor attraktiver zu machen, sollen schnellere steuerliche Abschreibungen (AfA) ermöglicht werden. Die schnelle Wiedereinführung bzw. Erhöhung der degressiven AfA ist daher ein erster, wichtiger Impuls, um die Investitionsbereitschaft und die Liquidität in den Betrieben zu erhöhen.

Der Umbau der Wirtschaft und der Infrastrukturen wird sich aber noch Jahrzehnte ziehen. Unsere Unternehmen benötigen daher schnellstmöglich und dauerhaft bessere Investitionsbedingungen durch einen international wettbewerbsfähigen Steuerrahmen. Dazu zählen Investitionen in zukunftsfeste Hafen- und Schieneninfrastrukturen sowie in die klimafreundliche Transformation von Flotten.

4. Verkehrsträger vernetzen – Schiene und Wasserstraße stärken

Die Verlagerung von Güterverkehren gelingt nur mit leistungsfähigen Alternativen. NRW muss hierfür Flächen bereitstellen und bedarfsgerecht in Umschlagterminals, Hafenanbindungen und Logistikflächen investieren.

Bei der anstehenden Novellierung des Landesentwicklungsplans (LEP) sollten Güter- und Wirtschaftsverkehren angemessen Raum und Entwicklungsperspektiven gegeben werden, um zukünftig der Entstehung von neuen verkehrlichen Engpässen vorzubeugen.

5. Zukunftstechnologien ermöglichen – Infrastruktur vorausdenken

Der Ausbau von Lade- und Wasserstoffinfrastruktur muss strategisch geplant und beschleunigt werden. Wasserstofftechnologien brauchen im Mobilitätsbereich weiterhin zuverlässige und gleichwertige Förder- und Entwicklungsperspektiven. NRW darf nicht zum Engpass der Mobilitätswende werden – sondern zum Vorreiter.

Hinweis zum Weiterlesen: [Verkehrspolitische Leitlinien von IHK NRW, 2023](#)

Ansprechpartner: Ocke Hamann, Fachpolitischer Sprecher für Verkehr und Mobilität von IHK NRW, Geschäftsführer Niederrheinische IHK Duisburg - Wesel - Kleve zu Duisburg

Stand: Juni 2025

IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e. V. IHK NRW ist der Zusammenschluss der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. IHK NRW vertritt die Gesamtheit der IHKs in NRW gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie den für die Kammerarbeit wichtigen Behörden und Organisationen.

Berliner Allee 12 | 40212 Düsseldorf | info@ihk-nrw.de | www.ihk-nrw.de



IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen